regem Verkehr mit den Socialdemokraten gestanden. Da solche Leute nicht Bildner der Jugend sein können, so habe man nicht anders handeln können, als geschehen.

Die Kammer genehmigte hierauf Cap. 91 nach der Vorlage mit 394,545 ℳ Einnahmen, 1,909,147 ℳ Ausgaben und 1,514,602 ℳ Zuschuß und beschloß ferner,

den durch besonderen Antrag der Regierung geforderten unverzinslichen Vorschuß bis zu 1,200,000 ℳ zur Erbauung eines neuen Gebäudes für das Entbindungsinstitut der Universität und inneren Ausstattung desselben zu genehmigen;

die Petition Formann's und Genossen in Leipzig auf sich beruhen zu lassen.

Den weiteren Anträgen der Deputation:

1) die Kammer wolle

a) die Königliche Staatsregierung zum Ankaufe der alten Buchhändlerbörse zu Leipzig für die Universität für den vereinbarten Kaufpreis von 247,500 ℳ ermächtigen und

b) die Genehmigung ertheilen zur Ueberweisung des Kaufpreises und der Kaufkosten auf den Universitäts-Schuldentilgungsfonds mit der Maßgabe, daß künftig das Aversum zur Verzinsung und Tilgung der Universitätsschulden um den Betrag der Zinsen von dem darlehnsweise zu beschaffenden Gesammtanlagecapital erhöht eingestellt, für die Finanzperiode 1888/89 aber gedachte, zur Zeit nicht zu fordernde Zinsen unter Bezugnahme auf diese Genehmigung im künftigen Rechenschaftsberichte über das Aversum von 58,700 ℳ verrechnet werden können, während die Einstellung des Miethertrages des neuerworbenen Grundstücks unter Titel 1 nachzuweisen ist;

2) die Kammer wolle die Genehmigung ertheilen zur Verwendung von 93,050 ℳ aus den nach verfügbaren Kaufgeldern für den alten botanischen Garten und zwar:

a) zur Herstellung einer Centralheizungs- und Ventilationsanlage im Auditoriengebäude „Bornerianum", sowie Meliorationen in Bezug auf Fußböden ꝛc. daselbst 50,250 ℳ,

b) zur Neupflasterung des Paulinerhofes unter theilweiser Umgestaltung der Schleußen ꝛc. und einigen Anpflanzungen 16,800 ℳ,

c) weiter zur Erbauung und inneren Ausstattung eines pharmakologischen Instituts, zugleich mit den erforderlichen Räumlichkeiten für die medicinische und chirurgische Poliklinik, einschließlich zur Erwerbung des Bauplatzes 26,000 ℳ

stimmte die Kammer einhellig zu.

Bei Cap. 92, Polytechnikum zu Dresden, sprach Abg. Grahl den Wunsch aus, daß die königl. Staatsregierung thunlichst bald eine Gleichstellung der Titulaturen der sächsischen Techniker mit denen in Preußen herbeiführen möge.

Cultusminister Dr. von Gerber bemerkte, daß das Königliche Finanzministerium sich sehr eifrig mit dieser Frage beschäftige, bedaure aber, es aussprechen zu müssen, daß man der Titelfrage solchen Werth beilege und derselben sogar einen Einfluß auf die Frequenz des Polytechnikums beimesse. Es sei doch kaum angänglich, einem Baumeister, welcher zu der Regierung in keinerlei Beziehung steht, den Titel „Regierungs-Baumeister" beizulegen. Mit demselben Rechte habe ein Arzt, der doch auch eine öffentliche Stellung bekleide, darauf Anspruch „Regierungs-Arzt" genannt zu werden.

Cap. 92 fand hierauf Bewilligung mit 18,810 ℳ Einnahmen, 303,841 ℳ Ausgaben und 285,031 ℳ Zuschuß.

Bei Cap. 93, Evangelische Kirchen, nahm Abg. Geier Veranlassung, auf die „verwerfliche" Agitation bei Wahlen hinzuweisen und verlangt, daß dies untersagt werde. Es vertrage sich ferner nicht mit der Würde der Kirche, wenn — wie es vorgekommen — ein Geistlicher vor seiner — des Redners — Photographie in Schimpfworte ausgebrochen sei. Auch sei es verwerflich, wenn ein Geistlicher, um Einfluß auf einen Dissidenten zu gewinnen, sogar die Hilfe des Arbeitgebers angerufen habe, um den Verirrten zum kirchlichen Leben zurückzuführen. Endlich müsse er den Wunsch aussprechen, daß die Gebühren für Eintragungen in das Dissidenten-Register abgemindert werden möchten; 5 ℳ könne nicht Jedermann bezahlen.

Cultusminister Dr. v. Gerber machte dem Abg. Geier bemerklich, daß er Verkommnissen, wie er sie bezüglich seiner Photographie gerügt, vorbeugen könne, wenn er weniger Freigebigkeit in Verstellung seines Bildes vorwalten lassen werde. Das Dissidentengesetz habe nicht er, sondern der Justizminister zu vertreten.

Abg. v. Oehlschlägel hielt dem Abg. Geier entgegen, daß man in dem Vorgebrachten nur die Absicht zu erkennen vermöge, den Geistlichen im Allgemeinen etwas am Zeuge zu flicken.

Abg. v. Vollmar: Es sei nicht Aufgabe der Geistlichen materielle Mittel anzuwenden um Proselyten zu machen.

Cultusminister Dr. v. Gerber bemerkte, das Vorbringen des Abg. Geier habe auf ihn den Eindruck gemacht, daß der betreffende Geistliche nur seine Pflicht erfüllte, um einen Verirrten auf den rechten Weg zurückzuführen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Vicepräsidenten Streit und der Abgg. v. Oehlschlägel und v. Vollmar wurde Cap. 93 in Einnahme mit 265,034 ℳ Einnahmen, 2,123,241 ℳ Ausgaben und 1,858,207 ℳ Zuschuß genehmigt gegen die Stimmen der Socialdemokraten.

Bei Cap. 94, Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen sprach Abg. Hermann die Ansicht aus, daß es besser gewesen wäre, wenn die Realschulen staatliche Anstalten geworden wären.

Cultusminister Dr. v. Gerber glaubte auch seinerseits, daß es für die Lehrer besser sein würde, wenn man sie zu anderen Anstalten versetzen könnte. Er sei bereit, eine jede Collatur, welche dem Ministerium angetragen werde, anzunehmen und zwar lediglich im Interesse der Sache. Eine allgemeine Maßnahme zu treffen und den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten, weise er von der Hand. Es würden übrigens nicht alle Gemeinden auf das Collaturrecht verzichten wollen.

Abg. Ahnert stellte den Antrag:

„die der Stadtgemeinde Borna für das dortige Realgymnasium zu gewährende Unterstützung von 12,000 auf 15,000 ℳ zu erhöhen."

Abg. Müller-Coldiz ersuchte die königliche Staatsregierung, bei Vergebung der Heizungsanlagen für das Schneeberger Gymnasium ja recht vorsichtig zu verfahren, damit man nicht ähnliche üble Erfahrungen mache, wie bei der Gefangenenanstalt in Dresden.

Zu einzelnen Titeln des Capitels sprechen noch die Abgg. Geyer, Müller-Freiberg, Dr. Fischer, Uhlemann, Kirbach und v. Trebra.

Die Kammer beschloß endlich:

dem Antrage der königlichen Staatsregierung gemäß zu der mit der Stadtgemeinde Schneeberg wegen Umwandlung der dasigen Realschule in ein Gymnasium und Uebernahme desselben auf den Staat getroffenen Vereinbarung

ihre Genehmigung ertheilen;

die königl. Staatsregierung zu ermächtigen, den mit der Stadt Plauen wegen Uebernahme des dortigen Gymnasiums ꝛc. vereinbarten Vertrag abzuschließen; der Stadt Plauen bei Uebernahme der dortigen Realschule eine einmalige außerordentliche Unterstützung von 50,000 ℳ zu gewähren,

sowie weiter

Cap. 94 A nach der Vorlage in Einnahme mit 176,219 ℳ, in Ausgabe mit 217,223 ℳ und mit 41,004 ℳ Zuschuß.

Cap. 94 B in Einnahme mit 432,104 ℳ, in Ausgabe mit 1,147,572 ℳ, mithin 715,468 ℳ Zuschuß und

Cap. 94 C in Ausgabe mit 635,000 ℳ zu bewilligen.

Die Petition des Stadtrathes zu Freiberg wegen Erhöhung des Zuschusses zu dem dortigen Realgymnasium wurde der königlichen Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

Endlich wurde der Ahnert'sche Antrag gegen 1 Stimme angenommen.

Debattenlos genehmigte die Kammer

Cap. 100, Stiftungsgemäße und bez. privatrechtliche Leistungen der Staatscasse für Kirchen- und Schulzwecke, mit 32,346 ℳ und

Cap. 101, Allgemeine Ausgaben bei dem Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts, mit 39,900 ℳ

Ueber die Capitel 95 bis 99 desselben Etats referirte Abg. Hauschild.

Cap. 95, Lehrerseminarien, fand anstandslose Bewilligung mit 109,355 ℳ in Einnahme und 1,144,935 ℳ in Ausgabe und 1,035,580 ℳ Zuschuß.

Die Petition des Gemeinderathes zu Olbernhau, die Errichtung eines Lehrerseminars daselbst betr., ließ man auf sich beruhen.

Zu Cap. 96, Volksschulen, brachte Abg. v. Polenz folgenden Antrag ein:

Die Kammer wolle beschließen:

Das Transitorium bei Titel 16 Cap. 96 von 30,000 ℳ auf 60,000 ℳ, demnach den Jahresbetrag von 90,000 ℳ auf 120,000 ℳ zu erhöhen und die Ausgaben in Titel 5 bis 18 mit 2,059,798 ℳ, darunter 60,000 ℳ transitorisch, mithin einen Zuschuß bei Cap. 96 von 1,769,908 ℳ und die Uebertragbarkeit des Titel 18

zu bewilligen.

Abg. Kaden verlangte die gänzliche Abschaffung des Schulgeldes wie in Preußen und behauptete, daß die Dotation der Schulgemeinden nicht allerorten bestimmungsgemäß verwendet würden. Weiter äußerte Redner, man mache den Arbeiter rechtlos, wenn man wegen Schulgeldrückstände ihm das Wahlrecht entziehe.

Vicepräsident Streit rügte den Ausdruck „rechtlos" als ungehörig.

Cultusminister Dr. von Gerber erklärte, daß die preußische Regierung guten Grund gehabt habe, dem preußischen Landtage eine Vorlage wegen Aufhebung des Schulgeldes zu machen, weil die Schulgeldbefreiheit durch die preußische Verfassung gewährleistet sei. Der Staat gewähre den Gemeinden eine Entschädigung von 20 Millionen und zwar 10 Millionen für den Ausfall des Schulgeldes und 10 Millionen zur Erleichterung der Schullast. Im ganzen Staate Preußen betrage das Schulgeld 10 Millionen, im Königreich Sachsen aber 4½ Millionen. Es erkläre sich diese hohe Ziffer aus der großen und reichen Entwickelung unseres Schulwesens, während in Preußen in manchen Gegenden das Schulwesen auf sehr elementaren Füßen stehe. Ein Antrag aus dem Lande auf Aufhebung des Schulgeldes sei ihm noch niemals zugegangen. Im Allgemeinen halte man es im Lande für richtig, das Schulgeld durch Umlagen aufzubringen. Die 4½ Millionen würden übrigens bei Weitem von den Wohlhabenderen getragen; denn überall im Lande bestehe eine Abstufung nach unten. Wenn einmal die Finanzen des Landes es zulassen, dann würde er den Hebel wo anders einsetzen und bei den Alterszulagen der Lehrer anfangen, die für die Gemeinden eine Last bilden. Man werde dem Lehrerstand und den Gemeinden eine außerordentliche Wohlthat erweisen, wenn der Staat die Alterszulagen auf sich nehme, vielleicht unter der Bedingung einer weiteren Abstufung des Schulgeldes.

Abg. v. Vollmar: Die absolute Schulgeldbefreiheit sei eine nothwendige Folge des Schulzwangs.

Vicepräsident Georgi tritt der Behauptung entgegen, daß die Dotation der Schulgemeinden nicht bestimmungsgemäß verwendet würden. Es sei z. Zt. überhaupt gar keine Directive bezüglich der Verwendung gegeben worden.

Abg. Günther meinte mit Bezug auf den von Polenz'schen Antrag, daß Diejenigen, welche das Communalprincip hochhalten und der Verstaatlichung der Schule nicht das Feld räumen wollen, dafür sorgen sollten, daß den Gemeinden die Schullast nicht zu drückend werde.

Bei der Abstimmung ward der v. Polenz'sche Antrag gegen 14 Stimmen abgelehnt und Cap. 96 mit 289,890 ℳ Einnahmen, 2,059,798 ℳ Ausgaben und 1,769,908 ℳ Zuschuß genehmigt.

Die weiteren Capitel wurden debattenlos genehmigt und zwar

Cap. 97, Katholische Kirchen und wohlthätige Anstalten mit 57,8.0 ℳ Ausgaben,

Cap. 98, Sonstige Cultuszwecke mit 4050 ℳ Ausgaben,

Cap. 99, Taubstummenanstalten mit 29,081 ℳ Einnahmen, 262,306 ℳ Ausgaben und 233,225 ℳ Zuschuß.

Schluß der Sitzung Nachmittag ¼4 Uhr.
Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

Reichstag.

33. Sitzung vom 9. Februar, 1 Uhr.
(Specialbericht des „Leipziger Tageblattes".)

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Bronsart v. Schellendorff.

Die Vorlage, betr. das

Anleihegesetz für Zwecke des Reichsheeres,

steht zur zweiten Berathung.

Abg. Freih. v. Huene als Referent der Budgetcommission führt aus, daß die gewünschte Specificirung der Vorlage in der Commission vom Kriegsminister gegeben und eingehend discutirt worden sei. Die Commission erkläre sich durch die gegebenen Mittheilungen für befriedigt und bittet das Haus, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Die Vorlage wird hierauf ohne Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Antrags auf

Verlängerung der Legislaturperioden.

Abg. Dr. Meyer-Jena (nationallib.): Der Standpunct der nationalliberalen Partei ist vom Abg. v. Bennigsen so überzeugend nachgewiesen, daß ich auf das Wort verzichten könnte, wenn nicht die neulichen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Hänel noch Widerlegung forderten. Der Abgeordnete Hänel hat uns Verfassungsveränderung vorgeworfen zu derselben Zeit, da Abgeordneter Rickert eine weit einschneidendere Verfassungsveränderung, die Diätenbewilligung, beantragt hat. Ich glaube, daß gerade das allgemeine directe Wahlsystem, bei dem alle Leidenschaften entfesselt werden, längere Legislaturperioden nöthig macht. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir eine Beschränkung des allgemeinen directen geheimen Wahlrechts nicht bewilligen würden. Wenn dann Herr Hänel meint, es könnte schon dadurch das allgemeine Wahlrecht beschränkt werden, daß das Wahlrecht an eine gewisse Aufenthaltszeit am Wahlort gebunden werden soll. Die frühere nationalliberale Partei will das nicht, wohl aber hat das der Parteigenosse Herrn Hänel's, der Abg. Dr. Bamberger, früher gewünscht. (Heiterkeit und Beifall.) Auch ist gerade Abg. Dr. Hänel wohl am wenigsten berechtigt, über den mangelhaften Besuch des Reichstags zu klagen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch ich bedauere, daß das Haus mitunter schlecht besucht ist, das wird sich aber ändern durch die längeren Legislaturperioden, die kürzere Sessionen möglich machen. Auch ist die Auflösung des Parlaments nicht so leicht, wie Abg. Hänel meinte — sie ist gebunden an die Zustimmung des Bundesraths und des Kaisers. Richtig ist ja, daß in England die Parlamente selten eines natürlichen Todes sterben, aber die meisten haben doch über 5 Jahre gedauert. (Widerspruch links.) Daß die anderen Föderativstaaten kürzere Legislaturperioden haben, ist richtig, aber nicht maßgebend, denn die Schweiz und Nordamerika sind doch Republiken und Deutschland nicht. Herr Hänel erinnerte dann an den Ausspruch unseres Collegen Miquel, daß die häufigen Wahlen die Bekämpfung des Particularismus erleichterten — aber auch das trifft doch nicht mehr zu, denn jetzt lebt der Reichsgedanke bei uns kräftig und unangefochten. (Beifall.) Herr Hänel thut nach alledem nicht recht daran, die ganze Frage als eine politische zu behandeln. Wir sehen keine Bedrohung der Volksrechte in der Verlängerung der Legislaturperioden, wir glauben, daß je kürzer die Perioden, desto weniger mächtig auch das Parlament ist. Deshalb können wir diesen Antrag auch vor dem liberalen Gedanken verantworten. (Beifall.)

Abg. Dr. Bamberger: Es ist sehr unwahrscheinlich, daß wir die Annahme des Antrags verhindern können. Ich muß aber nach dem ganzen Verlaufe der Verhandlungen auch ein klein wenig von mir sprechen. Man hat die ganze Begründung des Antrags auf meine frühere Argumentation gestützt. Das könnte mich stolz machen, aber man hat auch meinen Charakter bemängelt. Herr von Kardorff meinte, ich würde auch noch einmal für die Doppelwährung sprechen — ich zweifle nicht, daß er darauf großen Werth legen wird, dann sollte er aber auch Werth darauf legen, daß ich heute gegen die Verlängerung der Legislaturperioden spreche. Ich weiß nicht, ob irgend ein Bureau existirt, um frühere Reden und Schriften der Abgeordneten auszugraben — ich möchte bitten, daß die Herren auch meine anderen Schriften sammeln, ich strebe schon lange darnach. Ich erkläre mich für die Verlängerung und fordere, daß mir billig ist, was Herrn Miquel recht ist. Er steht heute auf anderem Standpuncte als früher; er ist leider abwesend, aber ich muß sagen, hier wird das Wort, der Abwesende hat Unrecht, in sein Gegentheil verwandelt. — Ich kann auch nicht zugeben, daß es sich jetzt um eine bloße Opportunitätsfrage handle. Ein starkes Parlament wie in England wird noch stärker durch lange Perioden, ein schwaches aber wie das unsere wird dadurch geschwächt. Als ich vor mehr als einem Jahrzehnt die Verlängerung der Legislaturperioden forderte, war der Reichstag noch ein starkes Parlament — aus dieser Aenderung der Bedeutung des Reichstags erklärt sich auch die Aenderung meiner Stellung. Wird Herr von Bennigsen bestreiten wollen, daß wir in den letzten zehn Jahren in liberaler Hinsicht zurückgegangen sind? Er betrachtet freilich die Verhältnisse mit einem großen Maße staatsmännischer Weisheit — aber trotzdem wird er nicht behaupten können, daß es recht ist, wenn in Preußen ein verrosteter Paragraph ausgegraben wird, um die Annahme von Diäten seitens der Abgeordneten von ihren Wählern zu bestrafen? Wenn wie bei uns die Regierung immer dieselbe bleibt und der Reichstag nach Belieben aufgelöst wird oder aber fünf Jahre sich der Regierung fügt, dann muß doch die Regierung machtvoll und das Parlament zermalmt werden. Regierungen, die solche Niederlagen erlitten haben, wie die unsere mit dem Tabaksmonopol ꝛc., würden in anderen Ländern längst verschwunden sein. Bei solchen Verhältnissen darf man nicht noch eine weitere Stärkung der Regierung zugeben; wir können die beste Waffe in unserm schweren Kampfe, das Wahlrecht, nicht stumpf werden lassen. Der Vorredner hat heute wiederholt, daß die Nationalliberalen nicht die Beschränkung des Wahlrechts wollen. Das gebe ich zu, ich zweifle nicht an den Gesinnungen, wohl aber an der Taktik der Nationalliberalen. Sie haben die Grenzlinien zwischen liberal und conservativ im Wahlkampfe verwischt und das ist sehr gefährlich. Wenn die Herren noch so liberal gesinnt sind, den Fehler der Zweideutigkeit können sie schwer gut machen. Ich habe vor vielen Jahren gesagt, wenn einmal die verbessernde Hand an die Verfassung gelegt wird, dann sollten auch die Legislaturperioden verlängert werden. Nun, halten Sie mich für so verrückt, daß ich jetzt den Zeitpunct für gekommen halte, die Verfassung zu ändern? Herr v. Bennigsen hat gemeint, in meinem Kopfe male sich die ganze politische Welt unter dem Gesichtspuncte von Freihandel und Schutzzoll. Bin ich denn aber jemals eine Zierde des Freihandels gewesen? Das waren doch vielmehr Geheimrath Engel, Professor Treitschke und Gneist, Herr v. Marquardsen, v. Maltzahn-Gültz, v. Wintzingerode, Herr v. Benda u. A.! Herr v. Bennigsen meinte, ich hätte bereits die Freude am Dasein verloren. Nein — wenn es auf der Welt nur noch die nationalliberale Partei gebe, dann würde diese Freude wohl kaum noch bestehen. (Heiterkeit.) Es giebt aber noch andere Freuden — aber freilich ist es schwer, hier auszuhalten. Ich thäte es auch nicht, wenn ich es als Mitglied einer besiegten Partei nicht die Pflicht hätte, bei der Fahne zu bleiben. Ich habe hier so viele Kränkungen und Zurücksetzungen zu erdulden, daß ich nicht ausharren würde, wenn es nicht meine Pflicht als liberaler Mann wäre. (Beifall links.) Ich muß dabei bleiben, das Odium der ganzen Maßregel bleibt bei den Nationalliberalen hängen. (Beifall links.)

Abg. Stöcker (cons.): Der Vorredner hat sich darüber beschwert, daß er so vielfach persönlich angezogen ist bei dieser Frage. Aber was man ihm übel genommen hat, war, daß er einen Antrag, den er früher selbst empfohlen hat, jetzt so verächtlich behandelt. Alles aber deutet doch darauf hin, daß es sich hier nur um eine Frage der Zweckmäßigkeit handelt. Herr Bamberger will den Antrag nicht aus Furcht vor der Reaction. Ich sehe keine Reaction, sondern nur ein Suchen nach gesunden Grundlagen. Wir dürfen nicht auf England blicken, das hat doch eine weit längere Vergangenheit. Wir aber stehen vor so vielen politischen, confessionellen und socialen Streitpuncten, daß die häufige Wahlagitation etwas sehr Gefährliches ist. Besonders wer die tiefaufwühlende Agitation in Berlin kennt, muß anerkennen, daß es die Pflicht einer weisen Staatsleitung ist, hier Wandel zu schaffen. Parteien, wie der Fortschritt und die Socialdemocratie, brauchen die Agitation in kurzen Zwischenräumen — wir anderen Parteien aber können aus den dreijährigen Wahlen nur Vortheile ziehen, wir sind ja im Aufschwunge und haben in Berlin den Fortschritt besiegt. Aber wir wollen das Interesse der Gesammtheit und stellen deshalb unser Parteiinteresse hintan. Die politische Bildung des Volkes kann durch den Reichstag, nicht aber durch die Aufregung der Wahlagitation gefördert werden. Hier in Berlin sind bei der letzten Wahl in 1887 ganze Wasser einer politischen Sündfluth zu Tage gefördert worden, eine politische Brunnenvergiftung ist eingetreten. — Redner verliest einige freisinnige Flugblätter aus der Wahlbewegung von 1887, in der die Kriegsgerüchte als frivol erfunden bezeichnet werden. (Sehr richtig links. Unruhe rechts.) Bei solcher Agitation muß jedes Vertrauen zur Regierung schwinden. Dagegen müssen wir reagiren, denn höher als das Parlament, in dem Leute ihre Meinung von Jahr zu Jahr ändern, steht uns die Monarchie, das Fürstenthum als ein bleibender rocher de bronze! (Beifall rechts.) Wir wollen keine Beschränkung des Wahlrechts, aber fragen Sie einmal das Volk, dann wird es Ihnen sagen, daß es dazu bereit wäre, daß erst mit dem 30. Lebensjahre Wahlfähigkeit eintritt. Ich getraue mich, vor jeder Volksversammlung den vorliegenden Antrag zu vertheidigen, ich werde es auch morgen Abend thun — bitte, kommen Sie und überzeugen Sie sich. (Heiterkeit.) Herr Singer meinte, am Wahltage fühle man sich erst als Mensch — ich bedauere, wenn bei den Socialdemokraten dieses Gefühl nur alle drei Jahre möglich ist. Lesen Sie aber die gräulichen socialdemokratischen Flugblätter, dann werden Sie sehen, was es mit diesem Gefühl auf sich hat. Mit solcher Agitation schaffen Sie nicht die Bildung des Volkes, Sie führen es vielmehr an den Abgrund des Verderbens. Sie können uns nicht vorwerfen, daß wir im Wahlkampfe die Thatsachen verdrehen wie Sie. (Gelächter links.) Abg. Richter hat hier bedauert, daß Herr v. Bennigsen sich in meine bedenkliche Gesellschaft begeben hat. Herr v. Bennigsen hat erklärt, daß er nicht durch seinen Namen die Berliner Stadtmission gedeckt habe. Ich bestätige das und erkläre, daß die Berliner Stadtmission seiner Deckung bedarf. Aber ich danke Herrn v. Bennigsen, daß er den Antrag zur Bekämpfung des kirchlichen Nothstandes unterstützt hat. Es muß endlich einmal die Vermischung der politischen mit der religiösen Frage aufhören — die Religion muß das Allen Gemeinsame sein. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich hätte sehr gewünscht, daß der Vorredner schon früher so gedacht hätte, wie er zum Schlusse es ausgesprochen hat. Dann wären schwere Ereignisse uns erspart worden. — Herr Stöcker hätte das gegenüber der katholischen Kirche und auch innerhalb anderer Verhältnisse nur früher bedenken sollen. Der Vorredner hat Flugblätter aus dem Wahlkampfe vorgebracht; wenn ich gewollt hätte, hätte ich weit schlimmere Dinge hier zeigen können, Dinge, die selbst Herrn Stöcker entsetzt hätten, der doch ein hohes Maß von Agitation gewöhnt ist (Heiterkeit). Herr Stöcker meint, die Leidenschaft der Wahlagitation bringe keine Belehrung, keine Bildung des Volkes — gut, dann ist auch der Reichstag und seine Majorität nicht der guten Einsicht zu verdanken. (Heiterkeit.) Die Consequenz der Ausführungen des Vorredners wäre die Beseitigung des Parlaments. Nur möchte ich dann bitten, daß wir wieder die alten Monarchen erhalten, wo natürlich der Monarch regiert und nicht die Minister. Jedenfalls wären viele Thatsachen der letzten Jahrzehnte unter Friedrich Wilhelm III. nicht geschehen. Wir haben doch aber jetzt parlamentarische Zustände und deshalb hätte Herr Stöcker auch nicht Worte sprechen sollen, die die Beseitigung des Parlaments bedingen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollten. Herr Stöcker hat heute schon angedeutet, daß er das wahlfähige Alter auf 30 Jahre festsetzen möchte — zum Glück will Herr v. Bennigsen das nicht und ohne den können Sie ja nichts machen. (Heiterkeit.) Die Aenderung des Wahlrechts kann nicht erfolgen, solange der „Hannoversche Kourier" es nicht will. (Große Heiterkeit.) Mein neulicher Recognoscirungsritt in das feindliche Lager (Heiterkeit) hat zu meiner Freude ergeben, daß diese Aenderung nicht beabsichtigt ist. — Auf die neulichen Anzapfungen des Herrn v. Kardorff will ich nur erklären, daß das Centrum frei ist in seinen Entschließungen, nicht gebunden ist und darin seine Stärke hat. — Die langen Legislaturperioden, die die Herren befürworten, werden dahin führen, dem Volke das Parlament recht unbequem zu machen. Es muß dem Volke Gelegenheit gegeben werden, in nicht zu großen Zwischenräumen sein Herz zu erleichtern. Das wollen Sie ihm jetzt nehmen und deshalb müssen wir gegen denselben sein. (Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen.

Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Dr. Böckel, daß ihm wiederum durch den Schluß der Discussion unmöglich gemacht worden, gegen den Antrag zu sprechen.

Persönlich erklärt

Abg. Stöcker, daß er nicht gesagt habe, er beabsichtige jetzt die Veränderung des Wahlrechts.

Abg. v. Bennigsen: Ich habe die Freude eingestehen zu können, daß ich mich geirrt habe, als ich sagte, Herr Bamberger scheine die Lust am Dasein verloren zu haben. Das ist nach den heutigen Worten des Collegen Bamberger also nicht der Fall, ich kann daher hoffen, daß er fortan zusammen mit mir den Pessimismus bekämpfen wird. Herr Dr. Bamberger hat dann gesagt, ich hätte zugegeben, daß das Ansehen des Parlaments gesunken ist. Ja, das habe ich erklärt, das Ansehen ist nach oben und unten gesunken — ich habe aber zugefügt, daß das Ansehen wachsen wird, wenn der Wahlkampf weniger und seltener als bisher in die Verhandlungen des Reichstags hineinspielen wird.

Das Haus tritt hierauf in die Specialdiscussion.

Bei §. 1 (Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre) erhält das Wort

Abg. Dr. Hänel (freis.): Ich bedaure, daß die Discussion geschlossen wurden, nachdem der Präsident dem Abg. Stöcker gestattet hat, im Rahmen seiner Rede andere Parteien anzugreifen. (Der Präsident ersucht den Redner, nicht seine Geschäftsführung zu kritisiren). Der Herr Präsident ist über die Kritik erhaben, ich möchte ihn doch aber bitten, sich mehr in die Lage der Minoritätsparteien zu versetzen.

Ueber den Schluß der Sitzung meldet uns ein Privattelegramm: Hänel bestreitet dem Abg. Stöcker das Recht, über Agitation zu schelten. Die Art des Auftretens Stöcker's hier zu kennzeichnen, sei mit einem parlamentarischen Ausdruck unmöglich. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Meyer-Jena.

Hierauf wurde der Antrag endgiltig angenommen. Nächste Sitzung: Freitag. Tagesordnung: Anleihegesetz, Vorlage, betreffend Vogelschutz, Wahlprüfungen.

Literatur.

Pierer's Conversations-Lexikon. Siebente Auflage. Herausgegeben von Josef Kürschner. Mit Universal-Sprachen-Lexikon nach Jos. Kürschner's System. 1. Heft. Preis des Heftes 35 ₰. Verlag von W. Spemann, Berlin und Stuttgart. Der alte Pierer in vollständig neuer Form. Nach dem, was das vorliegende erste Heft zeigt, verspricht das Buch ein ebenso originelles, wie nützliches zu werden. Es tritt neben die anderen großen jetzt in neuen Auflagen erscheinenden Encyklopädien mit dem Anspruche der Ebenbürtigkeit und wird, wie diese in ihrer Eigenart bestimmten Richtungen des Wissensinteresses entgegenkommen, seinerseits dasselbe in seiner Weise thun. Von dem „alten Pierer" sind augenscheinlich nur die besten, bewährten Eigenschaften beibehalten, seine umfassende Reichhaltigkeit und die weiteste Raumausnutzung. Der äußere Umfang ist auf 12 Bände (330 Hefte) bemessen, denen 74 Kartenseiten und 330 Illustrationsseitenbeilagen eingefügt werden sollen. Das Eigenartigste in der Kürschner'schen Anordnung des Stoffplanes ist die Idee, das Conversations-Lexikon auch nach der Seite der Sprachen hin, was bis jetzt nie geschehen war, zu vervollständigen. Er hat nämlich das Conversations-Lexikon mit einem Universal-Sprachen-Lexicon verbunden, indem er in knappster und übersichtlichster Weise den einzelnen Artikeln die fremdsprachlichen Uebersetzungen ihrer Stichwörter beigefügt, in einer schmalen Randspalte aber überall ein vielsprachiges Lexikon mit fremdsprachlichen Eingängen hinzufügt. Es sind dabei zwölf fremde Sprachen berücksichtigt, nämlich die böhmische, dänische, englische, französische, altgriechische, holländische, italienische, lateinische, russische, schwedische, spanische und ungarische, und das dürfte wohl somit Alles sein, was Leben und Verkehr irgend fordern könnten. Man kann also sagen, daß der neue Kürschner-Pierer, sobald er fertig vorliegt, das Gewicht nach einem reichhaltigen Conversations-Lexikon und zugleich auch das nach zwölf verschiedenen fremdsprachlichen Wörterbüchern befriedigen wird. Mit welcher Gewissenhaftigkeit dies Alles der Fall sein dürfte, das zeigt schon ein eingehender, prüfender Durchblick des vorliegenden ersten Heftes. Auch die Art und Weise der Lösung der Illustrationsfrage ist schon deutlich aus demselben zu ersehen. Es liegt ihm erstens eine Tafel „Kolibris" bei, in untadeliger chromolithographischer Ausführung aus der Kunstanstalt von Meißner & Buch in Leipzig hervorgegangen, sodann eine treffliche Buntdrucktafel zum Artikel Aegypten (Darstellung des Todtengerichtes) und eine schöne Schwarzdrucktafel zu „Aegyptische Baustyle", ferner zu „Alpen" eine große in Buntdruck ausgeführte Doppeltafel mit einer physikalischen Karte der Alpen, sowie Specialkarten für die Berner Alpen, den Ober-Aletschgletscher, den St. Gotthard u. s. w. und eine recht übersichtliche vergleichende Tafel verschiedener Alpenhöhen. Man kann überzeugt sein, daß der neue „Kürschner-Pierer" sich alsbald recht viele Freunde erwerben wird. W.

*

Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst. Fr. Wilh. Grunow, Leipzig. 47. Jahrgang. Nr. 7. Inhalt: Vorwürfe und Vorwände. — Die Dubar-Sage und der freisinnige Sittlichkeitsbericht. Von Georg Hoffmann. 1. 2. — Gottsched und die deutsche Sprache. Von Albert Richter. — Die Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst. 2. — David Veronski. Von H. von Schreibershofen. (Fortsetzung.) — Kleinere Mittheilungen. Schwurgericht und Presse. — Das Strafmaß in Beleidigungssachen. — Das jüdische Schächten. — Die „Berichte über das kaiserliche Deutschland" von Lavisse. — Literatur. Th. Ziegler, Die Geschichte der christlichen Ethik.

*

Drogisten-Zeitung. Correspondenzblatt des deutschen Drogisten-Verbandes, Leipzig. Nr. 6. Inhalt: Vereinsnachrichten. — Aus Apotheken bezogene, in kleinere Dosen vertheilte Arzneien. — Graue (Quecksilber-) Salbe vor Gericht. — Zwiebelbonbons vor Gericht. — Ueber Entfärbungsmittel. — Agalith (Grünanstrich des amerikanischen Papiers). — Das Hydrogalanin. — Silbergewinnung. — Violette Gallus-Tinte. — Alizarin-Gallus-Tinte. — Anilin-Stempelfarben. — Leberschwärze. — I. Wohlthätigkeitsconcert des Vereins junger Drogisten in Berlin. — Verwundung durch brennenden Phosphor. — Benzinbrand. — Personalnachrichten. — Marktberichte (London; Schimmel & Co.; Olivenöl; Theer; Schwefel). — Briefkasten (Filtrirapparat für Spirituslack; Weißmann's Schlagwasser; reiner Spiritus zu Heilzwecken; giftige Ungeziefermittel; Grubber; Wasserdichtmachen von Papier; Gerberwichse; Stempelfarbe für Fleischbeschauer ꝛc.

*

Die Nr. 6 der „Gefiederten Welt", Zeitschrift für Vogelliebhaber, -Züchter und -Händler, herausgegeben von Dr. Karl Ruß (Magdeburg, Creutz'sche Verlagsbuchhandlung, R. & M. Kretschmann), enthält: Zum Vogelschutz: Erbarmt Di ... der kleinen Vögeln; Wiederholte Aufforderung zur Eingabe an den Reichstag; Ausschreiben des Oldenburger Vereins. — Der Kleinspecht oder kleine Buntspecht. — Von meinen Papageien. — Einige Bemerkungen zu dem Aufsatz „Ueber die Einbürgerung des feinen Harzer Kanarienvogels in jeder vornehmen Häuslichkeit". — Neue Hilfsmittel der Stubenvogelpflege und -Zucht: Gesangs- oder Lernbauer für Harzer Kanarienvögel (mit Abbildung). — Aus Haus, Hof, Feld und Wald. — Aus den Vereinen: Bern; Würzburg; Ausstellungen. — Anfragen und Auskunft. — Bücher- und Schriftenschau. — Briefwechsel. — Die Beilage enthält: Vom Geflügelhof: Die Mandarin-Ente.

---

† Dresden, 9. Februar. Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Erzherzog Otto von Oesterreich ist heute Morgen 1 Uhr 25 Minuten von hier wieder abgereist. Zur Verabschiedung hatte sich der hiesige kaiserl. und königl. österreichisch-ungarische Gesandte, Baron Herbert-Rathkeal auf dem Bahnhofe eingefunden.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

*** San Remo, 9. Februar. Dr. Bramann nahm heute bei dem Kronprinzen Nachmittags 4 Uhr 50 Minuten den Luftröhrenschnitt vor. Der Zustand des Kronprinzen ist befriedigend.**

* Wien, 9. Februar. (Abgeordnetenhaus. Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland.) Im Verlauf der Debatte führt der Handelsminister aus, daß die Vorlage nur als eine vorläufige Verlängerung des Handelsvertrages zu betrachten sei; es sei eigentlich kein hinreichender Anlaß zu einer großen handelspolitischen Debatte vorhanden; er deutet die Möglichkeit eines Tarifvertrages mit Deutschland an, aber Negociationen seien nicht eingeleitet, da das Zustandekommen noch nicht gesichert schien. Die Regierung werde sich bemühen, den richtigen Augenblick zur Aufnahme von Verhandlungen wahrzunehmen. (Beifall.) Der Ministerpräsident Taaffe hebt gegenüber einem Vorredner (Bareuther) hervor, der sich auf das österreichisch-deutsche Bündniß bezog und gemeint habe, die Politik des gegenwärtigen Ministeriums sei demselben hinderlich, daß, als das Bündniß am 7. October 1879 geschlossen war, das Ministerium schon seit 12. August 1879 im Amte war, daher auf die Entstehung und Schließung des Vertrages wesentlichen Einfluß hatte, daß dieses Ministerium auch in den verflossenen neun Jahren freundschaftliche Verhältnisse zum großen Nachbarreiche gepflegt und geklärt habe. (Lebhafter Beifall.) Der Ministerpräsident erklärt ferner, wenn ein Redner sagte, die Czechen sollen sich mit den Deutschen vertragen, so sei dies ganz berechtigt; er erwarte aber, daß auch die Deutschen sich mit den Czechen vertragen. (Anhaltender Beifall.)

* Wien, 9. Februar. Im Abgeordnetenhause wurde die Verhandlung heute nicht zu Ende geführt, außer Bareuther, der, Namens der Gesinnungsgenossen, Bismarck für den Bündnißvertrag vollste Bewunderung zollte, sprach Menger für nähere Zollverbindung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Türk sei für mindestens ein gemeinsames Zollgebiet bezüglich für Getreide, Mehl, Wein und Spiritus. Tchlumetzky der dem Kaiser für die hohe Weisheit dankte, welche die Politik auf den Weg des Bündnisses gebracht hat, glaubt nicht an eine Möglichkeit der Zollunion; Neuwirth hält dieselbe für unausführbar; Jungczeche Herold protestirte gegen den Antrag auf Incorporirung des Bündnisses.

* London, 9. Februar. (Parlamentseröffnung.) Die Thronrede sagt: Die Königin erhält fortgesetzt von allen Mächten herzliche Versicherungen freundschaftlicher Gefühle, mit den lebhaften Wünschen, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten. Sie hofft, die Absteckung der afghanischen Grenze werde dazu beitragen, die Möglichkeit eines Mißverständnisses zwischen England und Rußland bezüglich der asiatischen Besitzungen zu beseitigen. Von dem Wunsche beseelt, das Blutvergießen zu verhindern, sandte die Königin eine Mission an den König von Abessynien, hoffend, denselben vom Kriege gegen Italien abzuhalten; sie bedauert aber lebhaft, daß die Bemühungen erfolglos geblieben sind. Die Thronrede erwähnt den Abschluß über den Suezcanal und die Verhandlungen mit Frankreich, sowie das Abkommen über die Hebriden mit demselben. Die im Herbst in London abgehaltene Conferenz von Delegirten der bei der Zuckerfrage interessirten Mächte machte beträchtliche Fortschritte, befriedigende Arrangements zu erzielen. Die Rede erwähnt weder die bulgarische Frage, noch die europäische Lage. Betreffs der inneren Angelegenheiten sagt die Thronrede: Die Handelsaussichten sind hoffnungsvoller als seit vielen Jahren, aber die Lage der Landwirthschaft ist nicht gebessert. Im ... werden Mittel zur Vertheidigung der Kohlenstationen ... angewiesen werden. Zum Schutze Australiens ... besonderes Geschwader gebildet werden. Die ... in Irland haben abgenommen; es werden ... Vorschläge zur Vermehrung der selbstständigen ... unter den Bauern Irlands.